führung bereits weit vorgeschritten, so daß, wenn nicht weitere Aufträge einlaufen, in den Monaten Februar und März Arbeitsmangel eintreten kann. In Roßwein wird flott an den Frühjahrsaufträgen gearbeitet. Leipzig arbeitet an der Ausführung der Frühjahrsaufträge mit Ueberstunden; Königsberg i. Pr. hat flotte Frühjahrsaufträge; Reutlingen ist voll beschäftigt; Bielefeld ist reichlich mit Frühjahrsaufträgen versehen; in Zörbig i. S. mußten zur Ausführung der Frühjahrsordres weitere Arbeiter eingestellt werden; in Offenbach a. M. seien die Fabriken gegenwärtig wieder gut beschäftigt, desgleichen ist auch Schw.-Gmünd mit Frühjahrsaufträgen reichlich versehen. Von ungünstigen und schlechten Aussichten wird aus Stuttgart, Rheydt, Neustadt i. O.-Schl., Pirmasens und Breslau berichtet, während in den übrigen Berichten meistens die Hoffnung auf ein besseres Jahr ausgedrückt ist. Bei diesen Aeußerungen in günstigem und ungünstigem Sinne ist nicht zu vergessen, daß es sich meistens nur um die Verhältnisse der betreffenden Berichterstatter handelt, so daß es in den andern am Orte vorhandenen Schuhfabriken schlecht gehen kann, während der berichterstattende Fabrikant von einem guten Geschäftsgange seiner Fabrik zu berichten in der Lage ist und umgekehrt. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse unter der Herrschaft der Krise sehr unregelmäßig, der eine Betrieb hat zu thun, der andere nicht. Immerhin scheint insofern Grund auf Hoffnung zu kleiner Besserung vorhanden zu sein, als bei vielen Schuhhändlern infolge geringer Neubestellungen die Vorräte stark gelichtet wurden und daher notwendigerweise Ergänzungen vorgenommen werden müssen.

Sozialpolitik im Reichstage.

Der Etat des Staatssekretärs des Innern, des berühmten Grafen Posadowsky, gab wie in früheren Jahren so auch diesmal Veranlassung zu mehrtägigen Debatten, die sich zu kritischen und umfassenden Auseinandersetzungen über die ganze Sozialpolitik des Reiches gestalteten. Von der sozialdemokratischen Fraktion hielten dabei vorzügliche Reden die Genossen Fischer, Wurm und Horn-Dresden. Diesen Debatten voraus gingen bekanntlich die Verhandlungen über die sozialdemokratische Notstandsinterpellation und unmittelbar die Behandlung einer Interpellation betreffend die Unterstützung der Veteranen, die seit Jahren von allen Parteien gefordert wird, der aber der Reichsfinanzminister, der sonst für Militarismus und Marinismus Milliarden übrig hat, stets opponierte oder doch die Erledigung der Angelegenheit in die Länge zog. Es soll nun nächstens endlich etwas geschehen.

Zu dem Etat des Staatssekretärs des Innern wurden einige beachtenswerte Anträge gestellt. So beantragten Bassermann, Hitze und Röcke, „der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, ihm alljährlich eine Uebersicht vorzulegen über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben des Reiches und in den Werkstätten der Heeresverwaltung, insbesondere über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die von ihnen bezogenen Löhne, die Arbeitsdauer und die zu ihren Gunsten getroffenen Einrichtungen.“ Die sozialdemokratische Fraktion brachte folgende Resolution ein: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen der in Betracht kommenden Staaten des Auslandes Schritte zu thun, um die Gründung eines internationalen Arbeitsamts herbeizuführen und dem Reichstag über den Erfolg seiner Bemühungen Mitteilung zu machen.“ Die Abgeordneten Bassermann und Hitze stellten zu derselben Angelegenheit den Antrag: „Der Reichskanzler möge im nächstjährigen Etat eine finanzielle Unterstützung für das internationale Arbeitsamt in Basel vorsehen“. Die Abgeordneten Röcke und Hitze verlangten die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen.

Der erste Redner war der Sozialpolitiker des Zentrums, Herr Hitze, der den in Aussicht stehenden Gesetzentwurf zum Schutze der Kinderarbeit berührte; ferner die zunehmende Verschlechterung der Heimarbeit für die Zigarrenindustrie, deren Verbot er durch Verordnung für notwendig hält; die fortschreitende Ausdehnung der Berufskrankheiten, bezüglich deren noch viel zu thun ist; die Schaffung eines sanitären Maximalarbeitstages und kaufmännischer Schiedsgerichte sowie die endliche Vorlegung der Krankenkassennovelle. Der Freisinnige Müller-Meiningen legte sich für die Gleichberechtigung der Frauen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens, wie auf demjenigen des akademischen Studiums energisch ins Zeug, der Prinz Schönaich-Carolath für die weitere Vermehrung der weiblichen Fabrikinspektoren. Graf Posadowsky stellte in Aussicht, daß der Gesetzentwurf betreffend die Kinderarbeit wahrscheinlich noch in dieser Session dem Reichstage zugehen werde. Die Verordnung zur Regelung der Verhältnisse der Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften sei fertig, und sie ist in der That seitdem veröffentlicht worden. Allein diese Verordnung mit ihrer 18- bis 20- und 24stündigen täglichen Arbeitszeit ist ein blutiger Hohn auf jede ernste Arbeiterschutzgesetzgebung, sie ist die amtliche Sanktionierung der schlimmsten Ausbeutungsverhältnisse. Außerdem enthält diese Verordnung nicht einmal die Aufhebung des blödsinnigen Wirtevorbots des Sitzens der Kellner ꝛc. Der reinste Dilettantismus! Weiter suchte er die Hinausschiebung des Inkrafttretens der Verordnung betreffend die Zinkhütten zu verteidigen. Der „Bundesrat habe sich dabei in einer Notlage befunden“, da die notwendigen baulichen Veränderungen nicht in so kurzer Zeit hätten vorgenommen werden können. Die Verordnung wird also erst im Jahre 1903 in Kraft treten. Bezüglich der Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken habe das Reichsamt des Innern eine Zusammenstellung der Fabriken, in denen eine solche Beschränkung stattgefunden hat, gemacht und sie den Bundesregierungen zur Aeußerung vorgelegt, und werde demnächst darauffin der Bundesrat eine Verordnung erlassen. Die Anstellung der Gewerbeinspektoren sei Sache der Einzelstaaten und über die Frage, ob Arbeiter zur Baukontrolle herangezogen werden sollen, seien die Ansichten geteilt. Das Verbot der Verwendung des Phosphors zur Herstellung von Zündhölzchen sei schwierig, da die Fabrikanten allein 10 Millionen Mark Entschädigung verlangen würden. Die größten Gegner des Frauenstudiums seien die Männer. Ein politisch linksstehender Professor habe ihm gegenüber Zweifel über die Eignung der Frauen für die Chirurgie geäußert; aber er habe hinzugefügt, daß soviel wie die gewöhnlichen Aerzte die Frauen auch leisten können. (Heiterkeit.) Noch ungewiß sei, wenn er die Krankenkassen-Novelle vorlegen könne. Reaktionären Spekulationen entsprang wohl die Erklärung der noch lebenden Hälfte der Stumm Partei, des Herrn v. Kardorff, für die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen.

Der Nationalliberale Bassermann forderte die Aufstellung eines Normalstatuts für die Proportionalwahl der Gewerbegerichter, ferner die Festsetzung einer Mindest-Ruhezeit im Binnenschiffahrtsgewerbe, die Regelung der Verhältnisse der Bureauangestellten von Advokaten, parteiische Arbeitsnachweise, freies Vereins- und Versammlungsrecht und Freiheit des Studiums für die Frauen.

Unser Genosse Fischer wies darauf hin, daß alle die verschiedenen Forderungen, die jetzt aufgestellt worden sind, schon seit Jahren erhoben wurden, aber es ist noch immer nicht zu Vorlagen gekommen. Hauptsächlichste Schuld an diesem langsamen Tempo der Sozialreform trägt das Zentrum. Wenn dasselbe auf dem Gebiete der Sozialreform denselben Eifer entwickelt hätte, wie auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung, ich möchte sehen, ob die Regierung seinen Wünschen nicht entgegenkäme. Wenn es sich darum handelt: „Lieber Gott verteuere unser Brot!“ da ist das Zentrum gleich bei der Hand. Wir unterscheiden uns auch grundsätzlich in der Beurteilung der Sozialreform vom Zentrum. Herr Hitze behauptete, man könne in Zeiten der geschäftlichen Depression selbstverständlich keine Arbeiterschutzgesetzgebung machen, die mit finanziellen Lasten für die Unternehmer verbunden sei. Das ist die alte Geschichte vom Pelzwaschen. Sozialreform recht viel, aber kosten darf sie nichts. Herr Hitze meinte, man müsse sich darauf beschränken, ideale Forderungen aufzustellen. Er sprach auch von der Gewerbegerichtsnovelle. Nun, der neue preußische Handelsminister hat zu erklären, daß er seinen ganzen parlamentarischen Einfluß aufbieten werde, damit die Novelle nicht zustande käme, weil dadurch die Unternehmer gezwungen würden, bei Streiks und anderen Streitigkeiten vor den Schiedsgerichten zu erscheinen. Die Unternehmer in Hamburg haben aber bereits Kartelle geschlossen, in denen sie den Standpunkt vertreten: vor Gericht müssen wir ja erscheinen, aber es gibt keine Möglichkeit, uns zu zwingen, dort Antwort zu erteilen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß wenn jemals es einen Zeitpunkt gegeben hat, wo die Regierung und die Parteien für die Sozialreform sorgen müssen, dieses die Zeit der geschäftlichen Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit und Lohnreduktion ist. Gerade in einem solchen Zeitpunkte muß es heißen: „Mit Volldampf voraus!“ Wir stützen uns bei dieser Forderung ausschließlich auf das amtliche Material der Gewerbeinspektoren. Dieselben sind bereits im Mai v. J. abgefaßt, doch findet sich überall in ihnen bestätigt, daß die Krisis bereits damals ihre Schatten geworfen hatte. Ueberall liest man von sinkenden Löhnen und Arbeiterentlassungen, ein Beweis für die Richtigkeit unserer Anschauungen, daß die Arbeiter in erster Linie unter der Krisis zu leiden haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Unternehmer haben höchstens einen geringeren Profit, während die Arbeiter ihre ganze Existenz verlieren. Von den Gewerbeinspektoren gibt nur der hessische Auskunft über die Verkürzung der Arbeitszeit. Redner geht ausführlich auf den Bericht des hessischen Fabrikeninspektors ein. Was ist denn überhaupt seit 1869, dem Jahre des Zustandekommens der jetzigen Gewerbeordnung, auf dem Gebiete der Sozialreform geschehen? 1873 wurde vom Reichstag eine Enquete über die Lage der Fabrikarbeiter beschlossen, die 1877 endlich veröffentlicht wurde. 1878 kam die Aenderung der Gewerbegesetzgebung, die, weil zu reaktionär, vom Reichstag abgelehnt wurde. Dann kam eine Pause bis 1881. In diesem Jahre forderte das Zentrum einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Bismarck lehnte diese Forderung ab. 1883/84 forderte das Zentrum das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder. 1885/86 lehnte der Bundesrat die vom Zentrum geforderte Vermehrung der Gewerbeinspektoren ab. 1887 nahm der Reichstag abermals Arbeiterschutzgesetze an, die vom Bundesrat abgelehnt wurden. 1889 wurden dieselben Anträge wieder vom Reichstag angenommen. Dann kamen die Februar-Erlasse, die die Sozialdemokratie schwächen sollten; die derselben aber gerade wie jetzt deren Nichterfüllung zu gute kamen. Nun folgte die Umsturzvorlage und die Zuchthausvorlage. 1897 dehnte der Bundesrat die §§ 135 a und b der Gewerbeordnung auf die Wäsche- und Konfektionsarbeiterinnen aus. Das ist alles, was in den letzten zehn Jahren auf dem Gebiete der Sozialreform von der Regierung geleistet worden ist. Die Frage der Arbeitsnachweise, die jetzt wieder angeregt ist, hat bereits 1885 die Petitionskommission des Reichstags beschäftigt. Schon damals erklärte die Regierung, es seien Schritte in dieser Angelegenheit gethan, was waren dies für Schritte? Die Bäckereiverordnung ist 1896 erlassen worden. Damals wurde sie als Ruin für das Gewerbe bezeichnet. Heute aber sind wir soweit, daß aus den Reihen der Bäckermeister selbst eine Petition kommt, die Nachtarbeit abzuschaffen. Geradezu typisch für die Art und Weise, wie man bei uns Sozialreform treibt, ist die bisherige Regelung der Arbeitsverhältnisse im Binnenschiffahrtsgewerbe. Bereits 1895 wurden Erhebungen beschlossen und erst 1901 wurden die Erhebungen an den Reichskanzler gesandt. Auf dem Gebiete der Frauenfrage ist ja einiges erreicht. Die Schutzfrist für Wöchnerinnen ist verlängert worden, aber die Unternehmer lehnten es einfach ab, Wöchnerinnen in Arbeit zu stellen, die von der ganzen Schutzfrist Gebrauch machen. — Eine Verordnung zur Regelung der Verhältnisse des Personals in Gast- und Schankwirtschaften soll ja nun auch endlich herauskommen. — Die grauenhaften Mißstände auf dem Gebiete der Kinderarbeit sollen zu einer Gesetzesvorlage führen. Also das Ergebnis der Sozialreform läßt sich charakterisieren durch zwei Siegeszeichen: die Zuchthausvorlage und die 12 000 Mk. Subvention. (Unruhe rechts.) Gewähren Sie den Arbeitern das uneingeschränkte Koalitions- und Versammlungsrecht und die deutsche Arbeiterschaft verzichtet auf die ganze Sozialreform. Die Organisation der Buchdrucker hat in einzelnen Fällen eine Arbeitszeitverkürzung auf acht Stunden erreicht und hat, was Herr Hitze für unmöglich erklärte, in Zeiten der Krisis sogar eine Lohnerhöhung durchgesetzt!

Sodann charakterisierte Fischer den preußischen Handelsminister Möller als Feind der Arbeiter und jeder Sozialreform. Wieder Posadowsky sich zuwendend, erklärte er ihn als die eigentliche Seele des Widerstandes gegen die Sozialreform. Er war es, der die 12 000 Mk. vom Zentralverband deutscher Industriellen verlangte und der dann den Geheimrat Woedtke als Sündenbock opferte. An die Regierungen hat er ein Geheimschreiben erlassen, das den Gewerbeinspektoren ihre wichtigsten Funktionen raubt. Der badische Fabrikinspektor entwarf in Schmollers Jahrbuch 1901 ein Programm über die Aufgabe der Gewerbeinspektion, mit dem jeder einverstanden sein mußte. Die Gewerbeinspektoren sind berufen, die Vorschriften der Gesetze zu überwachen, sie sind die kompetenten Organe, um über Besolgung und Weiterbildung der Gesetzgebung zu berichten. Graf Posadowsky aber verbietet den Gewerbeinspektoren alle Aeußerungen über Wirkung und Weiterbildung der Gesetze! Aber auch über die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter dürfen die Inspektoren nach dem Geheimerlaß des Grafen Posadowsky vom Oktober 1900 nicht berichten. Im Februar 1900 konnten wir Sozialdemokraten von dieser Stelle aus konstatieren, daß alle Gewerbeinspektoren in Deutschland einig seien in der Meinung, daß, soweit Lohnerhöhungen stattgefunden haben, sie mehr als ausgeglichen seien durch die Steigerung der Lebensmittel-, Wohnungspreise ꝛc. Wir haben angesichts der brotverteuernden Zolltarifvorlage auf diese Thatsachen hingewiesen. Was war die Folge: man verbietet jetzt den Fabrikinspektoren das Maul. (Hört! Hört! b. d. Soz.)

In sehr eingehender Weise beleuchtet er sodann den Inhalt der Gewerbeinspektorenberichte, der ungenügend und parteilich, wofür er aber nicht die Aufsichtsbeamten selbst, sondern das herrschende Regierungssystem verantwortlich macht. Zu dem fortwährenden Hinweis auf die „kolossalen Opfer“, welche die Industrie für die Arbeiterschutzgesetzgebung zu bringen habe, bemerkte er, daß seit 1886 etwa 83 000 Arbeiter in industriellen Betrieben im Dienste des Kapitals getötet und tausende von Familien ihrer Ernährer beraubt wurden. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Amtes beträgt die Belastung der Unternehmer per Kopf und per Jahr im Durchschnitt der Periode 1886/1899 7,76 Mk., 1900/9,88 Mk. Das macht per Tag und Arbeiter für den deutschen Unternehmer die Summe von 3 Pfg.! Wie kann man da von einer ungeheuren Belastung reden? Der Redner schloß seine eindrucksvollen Ausführungen mit den Sätzen: Mögen Sie auch noch so oft versichern, unsere Behauptungen seien übertrieben, die Mitteilungen, die wir hier geben, machen Eindruck auf die Arbeiter und alle ernsten Freunde einer gründlichen Sozialreform. Damit haben sie zu rechnen. Wir werden in unseren Anregungen, die Gewerbeaufsicht so zu ordnen, wie es der Antrag Albrecht vorschlägt, nicht müde werden. Wir werden diese oder eine anders zusammengesetzte Regierung auf der Bahn der Sozialreform unermüdlich vorwärts treiben. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

In seiner Antwort auf Fischers Angriffe blieb Graf Posadowsky auffallend ruhig und sachlich, doch drückte er sich um die 12 000 Mk.-Affäre, deren wiederholte Besprechung ihm begreiflicherweise sehr unangenehm sein mag, herum. Er anerkannte die Sozialdemokratie als die Arbeiterpartei. Seine Geheimerlasse an die Regierungen die Gewerbeinspektoren betr. mußte er zugeben, jedoch suchte er sie zu entschuldigen, aber mit sehr schwachen Gründen.

Am dritten Tage antwortete auch der Handelsminister Möller, aber nicht in glücklicher Weise. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, daß ein Politiker als Minister ein ganz anderer Kerl ist, wie vorher als Abgeordneter und daß man ihm daher die Reden, die er als solcher gehalten, nicht vorhalten dürfe. Sehr heiter war seine Selbsterniedrigung als früherer Führer des berüchtigten Zentralverbandes deutscher Industrieller, indem er sich nur als eine „dekorative Persönlichkeit“ desselben bezeichnete. Er sah sich auch gezwungen, auf die direkte Aufforderung Fischers hin, seine früher von ihm gethane Aeußerung, daß die Kassenärzte 25 Prozent ihrer Einnahmen an die sozialdemokratische Parteikasse entrichten müßten, als nicht beweisbar zurückzutehen! Eine nicht geringe Blamage für einen Minister, zugleich auch ein Beweis dafür, wie leichtfertig über die Sozialdemokratie gelogen und verleumdet wird.

Genosse Wurm schloß seine ausgezeichnete Rede: „Wir halten es für unsere Pflicht, immer wieder unsere Klagen vorzubringen, um die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß sie sich auf sich selbst verlassen müssen, daß sie sich organisieren. Wir haben teilweise etwas bessere Arbeiterschutzbestimmungen als andere Länder, was aber erreicht ist, ist nur durch das fortgesetzte Drängen der Sozialdemokraten möglich geworden. (Lachen rechts.) Fürst Bismarck selbst hat 1885 zugestanden: Wenn die Sozialdemokratie nicht wäre, hätten wir nicht den Arbeiterschutz, den wir jetzt haben. Dies Zugeständnis war richtig und die Arbeiter werden immer mehr einsehen, daß für sie nichts zu erreichen ist, wenn sie sich nicht in Gewerkschaften organisieren und politisch an die sozialdemokratische Partei anschließen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Aus den weitern Debatten erwähnen wir noch, daß der blamable elsässische Redner Schlumberger à la Stumm und der pommersche Junker v. Massow lustige Reden hielten, die von der steten Heiterkeit der Zuhörer begleitet waren und der Freiherr Heyl v. Herrnsheim sich dafür aussprach, jeden Raum, in dem gewerbliche Arbeit verrichtet werde, als Werkstätte zu erklären, ganz gleich, ob daselbst auch gewohnt, gekocht, gewaschen ꝛc. werde. Ferner verlangte er die Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden für die Frauen. Der Ultramontane Weißenhagen erklärte sich für den Achtstundentag für die Frauen.

Es ist so das weite Gebiet der Sozialpolitik eingehend besprochen worden. Möchten nur die Kritik wie die Anregungen auch den gewünschten Erfolg haben.

Aus unserm Beruf.

— **Stettin.** Die Sperre über die Lamprechsche Filzschuhfabrik dauert fort. Eine Einigung, welche durch das Gewerbegericht versucht wurde, ist resultatlos verlaufen.

— **Tuttlingen.** In der Schuhfabrik G. Henkel sind Differenzen ausgebrochen, weil den Zwickern ein neuer Lohntarif vorgelegt wurde, welcher bedeutende Verschlechterungen aufweist. Zuzug ist fernzuhalten.

— **Arbeitslose Schuhmacher.** Bei der Arbeitslosenzählung in Pirna und Copitz wurden 395 Personen ohne Arbeit ermittelt, worunter 2 Schuhmacher. Die ledigen Kollegen gehen natürlich auf die Reise, wenn sie arbeitslos werden und die verheirateten Kollegen müssen sehen, wie sie sich in dieser schlechten Zeit durchschlagen können.

— **Das Kündigungsverhältnis darf keinen einseitigen Charakter tragen.** Vom Stuttgarter Gewerbegericht berichtet die „Schwäbische Tagwacht“ folgenden beachtenswerten Fall: „Wilhelm Wagner, Schuhmacher, gegen Jakob Goßweiler, Schuhmacher. In dieser Klagesache ist schon ein Versäumnisurteil erlassen, nach welchem der Kläger dem Verklagten 18,40 Mk. zu bezahlen hat. Gegen dieses Urteil wurde rechtzeitig Einspruch erhoben, die Sache kommt deshalb nochmals zur Verhandlung. Der Kläger wurde am 28. Dezember ohne Kündigung entlassen und verlangt deshalb die angegebene Summe als Entschädigung. Der Beklagte glaubte sich zur sofortigen Entlassung berechtigt, weil er bei der Einstellung dem Kläger sagte, er könne ihn nicht dauernd beschäftigen. Da nun aber der § 122 der Gewerbeordnung klar und deutlich sagt, daß, wenn andere als 14tägige Kündigungsfristen vereinbart sind, sie für beide Teil gleich sein müssen, so wird auf Gerichtsbeschluß das Versäumnisurteil aufrecht erhalten und hat der Beklagte dem Kläger die ihm zukommenden 18,40 Mk. zu zahlen und die Kosten der Verhandlung zu tragen.“

— **Der Kaiser und die Schuhmacherwerkstätten in Berlin.** Der Bund deutscher Schuhmacherinnungen will sich in Sachen der Gründung einer Zentral-Lehrwerkstätte für das Schuhmachergewerbe direkt an den Kaiser wenden. Auf Wunsch der Regierung hatte der Bundesvorstand eine Denkschrift für die traurige Lage des Schuhmachergewerbes ausgearbeitet und die Notwendigkeit der Schaffung einer Zentral-Lehrwerkstätte eingehend zu begründen versucht. Die Denkschrift ging dem Berliner Magistrat zu. Der Decernent für das Fachschulwesen erklärte die Forderung für überflüssig. Der Bund will jedoch auf seinem Verlangen bestehen. Sollte sich der Magistrat und das Ministerium ablehnend verhalten, will man sich an den Monarchen selbst wenden. — Die Behörden zeigen in dieser Angelegenheit eine Einsichtslosigkeit und Verständnislosigkeit, daß man sich darüber wirklich wundern möchte. Aber dieses Verhalten ist ein begreifliches Stück kapitalistischer Klassenpolitik. Die Herren wissen ganz genau, daß nur die Kinder armer Eltern die Schuhmacherei erlernen und warum soll man für diese niedern Proletarier Opfer bringen? Ja, wenn es sich um eine neue Schule für die „höhern Töchter“ handelte, dann würden die Herren viel zugänglicher und entgegenkommender sein. Daraus könnten auch die Mitglieder der Schuhmacherinnungen etwas lernen.

— **Etwas von Herrn Moritz Seiler aus Weißenfels.** Zur Kenntnisnahme unserer Kollegen teilen wir mit, daß der bekannte Herr Seiler bei der Firma Sanogywar u. Ko. als Teilhaber untergekommen ist und die neue Firma nun Mandelbaum u. Seiler heißt. Es ist immer gut, wenn man weiß, wo man berühmte Leute zu suchen hat.

— **Eine neue Genossenschaftsfabrik** ist in Köln a. Rh. unter der Firma „Rheinische Schuhfabrik Köln, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit einem Stammkapital von 20 000 Mk. errichtet worden. Geschäftsführer ist der Kaufmann Heinrich Schallenberg.

— **Von der Weißenfelser Schuhindustrie.** In der Generalversammlung des Weißenfelser Fabrikantenvereins wurde berichtet, daß derselbe 35 Mitglieder zählt, 3 mehr als bei Beginn des Jahres 1901. Der am 1. April 1901 eröffnete Fabrikantennachweis hatte 1295 Arbeitsuchende und 380 offene Stellen zu verzeichnen; 715 der ersteren erhielten Arbeit. In den 59 Schuhfabriken und 6 Ausputzereien sind 4376 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Es gab also nach dem Berichte über den Arbeitsnachweis in Weißenfels ein starkes Ueberangebot von Fabrikschuhmachern, das zugleich ein Maßstab für die schlechte Geschäftslage ist.

Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.

In Anbetracht der immer zahlreicher werdenden Beamtenschar die sowohl in den Gewerkschaften als auch in der politischen Partei thätig ist, wurde der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf dem letzten Gewerkschaftskongreß der Auftrag, ein Statut für Versicherungszwecke auszuarbeiten, da sich das Verlangen nach einer derartigen Einrichtung, die für das Alter oder im Falle des Ablebens für die Hinterbliebenen eine kleine Stütze bietet, immer mehr bemerkbar macht. Die Generalkommission veröffentlicht nun in Nr. 44 des „Korrespondenzblattes" das Statut einer Kasse, die für Invalidität, Witwen- und Waisenversorgung eine Unterstützung vorsieht, während vor kurzem der Verein „Arbeiterpresse" schon die Grundzüge eines Pensionskassenstatuts beraten hat.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn solche Einrichtungen geschaffen werden, sie über das hinausgehen, was der Staat an sozialpolitischen Versicherungsanstalten ins Leben gerufen hat, allerdings wird auch eine Grenze nach oben hin gezogen, da die Leistungen, die jede Versicherung fordert, keine willkürlichen sein können.

Die Generalkommission hat die finanzielle Grundlage des Unternehmens mit peinlicher Gewissenhaftigkeit nach den Erfahrungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts- und Altersversicherung geprüft. Während der Verein „Arbeiterpresse" einen Beitrag von 6 Prozent des Gehaltes forderte, glaubte die Generalkommission mit einem Beitrag von jährlich 90 Mk. für die erste Klasse und 60 Mk. für die zweite Klasse auskommen zu können. Die erste Klasse umfaßt die Gehälter von über 2000 Mk. jährlich, die zweite Klasse geht unter diese Gehaltshöhe. Der Beitritt soll ein freiwilliger sein und dahin gestrebt werden, daß die Organisation oder die Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages zahlen. Der Anschluß an den Fonds kann gestattet werden: Den vollbesoldeten Angestellten der Gewerkschaftskartelle, Arbeitersekretariate und Krankenkassen; Angestellten (Redakteure, Geschäftsführer, Expedienten, Berichterstatter) der zur modernen Arbeiterbewegung gehörenden Presse (einschließlich Buchhandlungen); den Schriftstellern und Mitarbeitern, die ihren Haupterwerb in der gewerkschaftlichen und politischen Presse der modernen Arbeiterbewegung finden.

Als Unterstützung ist vorgesehen im Falle der Invalidität, die durch ärztliches Gutachten bestätigt sein muß, eine Jahresunterstützung von 1200 Mk. in erster Klasse und 900 Mk. in zweiter Klasse. Die Witwenunterstützungen sollen 600 resp. 450 Mk. betragen. Für Waisenunterstützung ist in erster Klasse 120 Mk., in zweiter Klasse 90 Mk. vorgesehen; für vater- und mutterlose Waisen 240 resp. 180 Mk. An Sterbegeld soll 100 Mk. gezahlt werden. Die Verwaltung der Fonds soll sieben Personen übertragen werden. Drei derselben stellt die Generalkommission aus ihren Mitgliedern, während vier von den am Sitze der Generalkommission Beteiligten gewählt werden. Die Kassenverwaltung wird von einem Mitglied der Generalkommission geführt.

Zur Arbeitslosen-Versicherung.

In Nr. 2 des „Fachblatt" erläßt Kollege Grunow einen Artikel über Arbeitslosenunterstützung, dessen respektable Länge wohl dem Umstande zu verdanken ist, daß der Autor desselben so ziemlich alle Argumente, welche bis jetzt von den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung ins Feld geführt wurden, nochmals aufmarschieren läßt. Wesentlich neues konnte ich in demselben nicht entdecken und ich glaube mir deshalb ein Eingehen auf alle Einzelheiten ersparen zu können, sondern mich nur auf einige Betrachtungen zu beschränken.

Indem Kollege Grunow die Stettiner Versammlung zitiert, in welcher Kollege Kölle referierte, so teilt er wohl auch die Meinung des Kollegen Kügler, welcher in der betreffenden Versammlung meinte, daß die Schoßarbeiter von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht nur keinen Vorteil, sondern geradezu Nachteil hätten, indem denselben auch in den Zeiten der Krise immer noch Gelegenheit geboten wäre 6 bis 7 Mk. pro Woche zu verdienen. Ich bin aber der Meinung, daß die Arbeitslosenunterstützung auch für die Schoßarbeiter von sehr großem Vorteil sein wird, indem sie dieselben in die Lage versetzt, nicht mehr um jeden Hungerlohn arbeiten zu müssen. Daß auch die Schoßarbeiter unter der Krise zu leiden haben, das lehrt die Gegenwart und in Zukunft wird dies noch mehr zur Geltung kommen, indem das Handwerk durch die Industrie immer mehr zurückgedrängt wird und somit die Arbeitsgelegenheit für die Schoßarbeiter vermindert wird. Auch wird nicht jeder Schoßarbeiter, wenn er sich verheiratet, selbständig, was früher der Fall gewesen sein mag, der verheiratete arbeitslose Kollege kann aber nicht auf die Wanderschaft, oder doch nur in den seltensten Fällen; für ihn gibt es keine Unterstützung. Bei längerer Arbeitslosigkeit eines solchen Kollegen kann man sich das hier herrschende Elend wohl vorstellen.

Wenn Kollege Grunow die Gelegenheit zur Gegenagitation nicht benutzt hat, wie er in seinem Artikel sagt, so kann das den Freunden der Arbeitslosenunterstützung nur recht sein. Wenn er aber von der Unzweckmäßigkeit oder gar Schädlichkeit der Einführung so fest überzeugt ist, wie das aus seinem Artikel hervorgeht, so wäre es für G. doch unverzeihlich, wenn er dieses „Unheil" nicht mit allen Kräften zu verhindern gesucht hätte. Kollegen G. scheinen die Gründe, die er gegen die Arbeitslosenversicherung anzuführen hat, wohl selber nicht ganz geheuer.

Was den Austritt der Kollegen betrifft, der durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung erfolgen soll, bin ich auch der Ansicht, daß derselbe groß genug sein wird, um ihn zu bedauern, daß aber die Mitgliederzahl auf 10000 zusammenschrumpfen wird, glaube ich doch nicht, denn ich bin der Meinung, daß so mancher Kollege, welcher sich bis jetzt in Bezug auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung renitent verhalten hat, in der gegenwärtigen Krise zur Raison gebracht wurde. Da müßten sie doch geradezu alle Grunow heißen.

Was den festen Satz des Beitrages anbetrifft, über den sich nach Ansicht des Kollegen Grunow selbst die Gelehrten nicht einig sind, so sind hier doch schon verschiedene Vorschläge gemacht worden. Aber damit kommt man bei den Gegnern schön an, da wird einem vorgerechnet, daß derselbe für die Mitglieder viel zu hoch und von denselben nicht aufzubringen ist, zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist er aber zu niedrig und reicht dazu nicht entfernt aus. Das Problem aber, wie die Einführung ohne Beitragserhöhung, oder diese ohne Einführung der Arbeitslosenversicherung möglich wäre, wurde uns auch von Kollegen Grunow noch nicht verraten. Es scheint das auch den Gegnern ein spanisches Dorf zu sein. Oder sollen wir auf unabsehbare Zeit und unter allen Umständen an den bestehenden Verhältnissen festhalten?

Daß dem Metallarbeiterverband die gegenwärtige Krise teuer zu stehen kommt, bestreite ich nicht, wie es aber bei demselben ohne Arbeitslosenunterstützung in Bezug auf Lohnreduzierung, Maßregelung u. s. w. aussehen würde, darf wohl auch nicht übersehen werden.

Wenn Grunow in seiner Berechnung selber sagt, daß ein Kollege nicht bloß 1 bis 2, sondern 6 bis 8 und noch mehr Wochen arbeitslos sein kann, so beweist er damit selber, ohne es vielleicht zu wollen, wie notwendig die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung ist und es wird die weitere Meinung des Kollegen Grunow, daß die Krise mehr gegen als für die Einführung spricht, von selber hinfällig.

Daß es Aufgabe des Staates wäre, für die Arbeitslosen zu sorgen, ist wohl nicht zu bestreiten, ich glaube aber, daß die Arbeiter Deutschlands von den gegenwärtigen gesetzgebenden Körperschaften eher ein Zuchthausgesetz zu erwarten haben, als eine Arbeitslosenversicherung. Die gegenwärtige Zolltarifvorlage hilft uns wohl in dieser Beziehung über jegliche optimistischen Gedanken hinweg.

Stuttgart II. M. Lex

Jahresbericht der Agitations-Kommission Chemnitz für 1901.

Nach der Anstellung des Kollegen Bahrdt in Dresden als Bezirksbeamter für Sachsen, sowie der Beanstandung der neu errichteten Agitationskommission in Leipzig, gemäß dem Beschluß der Konferenz der Schuhmacher Sachsens in Leipzig, seitens des Vorstandes, blieb der bisherige Bezirk der Kommission derselbe, obwohl wir uns wegen Abgrenzung desselben und Einteilung der neuen Bezirke an den Vorstand gewandt hatten, indem eine Verständigung mit der Dresdener Kommission ausgeschlossen war.

Die Kommission erledigte ihre innern Verwaltungsgeschäfte in 13 Sitzungen. Salanzen bezw. Veränderungen der Personen innerhalb der Kommission sind nicht eingetreten. Die Korrespondenz betrug 105 Eingänge und 247 Ausgänge (im Vorjahr 85 resp. 163). Versammlungen bezw. Besprechungen haben insgesamt 14 stattgefunden. Die Besprechungen wurden abgehalten an den Orten, wo immer noch der leidige Lokalmangel vorhanden ist oder wo Neugründungen vorgenommen werden sollen. Zu bemerken ist hier, daß Frau Duncker in 13 Versammlungen gesprochen hat, welche sich über ganz Sachsen verteilen. Das Arrangement hierzu hatte die Kommission laut Beschluß der Leipziger Konferenz getroffen, woraus sich die gegen das Vorjahr gesteigerte Korrespondenz erklärt. Den zwei Neugründungen in Plauen und Annaberg gingen Brochürenverteilungen voraus; beide Unternehmen blieben ohne Erfolg. Außerdem fand eine Brochürenverteilung bezw. Hausagitation in Ehrenfriedersdorf statt, welche momentan keinen Erfolg brachte. Bei einer spätern Lohnregulierung der dortigen Fabrikanten zogen die Arbeiter den Kürzern und nun hatte die betriebene Hausagitation Erfolg. Lohnbewegungen bezw. Ausstände haben im Berichtsjahre drei stattgefunden und zwar in Ehrenfriedersdorf, Meerane und Lugau. In Ehrenfriedersdorf forderten die Zwicker der Firma Brückner u. Lohse Aushängung des Lohntarifes mit teilweiser Aufbesserung des Lohnes und Abstellung diverser Mißstände. Nach anderthalb Wochen wurden den Ausständigen die Forderungen bewilligt, jedoch mußte auf die Wiedereinstellung eines Kollegen verzichtet werden. Die Differenz in Meerane, welcher ebenfalls eine Lohnregulierung, durch Aufstellung der Zwickmaschine verursacht, zu Grunde lag, wurde durch den Vorsitzenden, Kollegen Simon, beigelegt. In Lugau war Maßregelung eines Kollegen die Ursache zur Differenz. Die Zwicker und Maschinenarbeiter erklärten sich solidarisch mit dem Gemaßregelten und der Ausstand war perfekt. Die Vermittelungen ergaben ein negatives Resultat und endete der Ausstand mit einer Niederlage. Revisionen waren wir beauftragt sechs vorzunehmen. Bedauerlicherweise mußte infolgedessen die Mitgliedschaft Lunzenau aufgehoben und in Zwickau ein Vertrauensmannswechsel vorgenommen werden. Die Mitgliederzahl stieg von 635 am Schlusse des 4. Quartals 1900 auf 824 am Schlusse des 3. Quartals 1901, somit eine Zunahme von 189 Mitgliedern. Die Krankenzuschußkasse zählte am Schlusse des Berichtsjahres 41 gegen 38 Mitglieder im Vorjahre. Der Arbeitslosenunterstützung gehörte kein Mitglied an. Daraus ist zu ersehen, daß die Kollegen einer Sicherstellung in Krankheitsfällen eher zuneigen als bei Arbeitslosigkeit.

Der Kassenbericht gestaltet sich folgendermaßen:

Einnahmen:

Aus den Zahlstellen	84,15 Mk.
Aus der Hauptkasse	204,29 „
Summa	288,44 Mk.

Ausgaben:

Fahrgeld und Diäten	165,25 Mk.
Porto und Diverses	39,04 „
Sitzungen und Konferenz	77,80 „
Kassenbestand	6,35 „
Summa	288,44 Mk.

An den Leistungen der Quartalsbeiträge pro Mitglied und Quartal mit 5 Pf. beteiligten sich die Mitgliedschaften wie folgt im:

	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
Chemnitz	4,50	4,50	4,50	4,50
Ehrenfriedersdorf	2,50	2,80	3,60	—
Eppendorf	1,95	—	—	—
Hartha	2,90	2,95	3,10	1,05
Kirchberg	1,—	1,—	1,—	—
Lößnitz	1,—	—	1,50	—
Lugau	2,90	—	—	—
Meerane	4,—	4,70	4,80	—
Mittweida	—,35	—	—	—
Reichenbach	1,20	—	—	—
Waldheim	5,—	5,—	—	—
Zwönitz	2,50	5,—	—	—

Wir geben unsern Kollegen diesen kurzen Bericht in der Erwartung, daß nach wie vor alle Kräfte zusammenwirken zur weitern Entwickelung unserer Organisation.

Mit kollegialem Gruß

Die Agitationskommission.

J. A.: Max Jenzsch.

Erwiderung.

In Nr. 4 des „Fachblatt" antwortet der Vorstand auf meine Ansichten, die ich in Nr. 3 des „Fachblatt" dargelegt habe. Ich würde dagegen nichts einzuwenden haben, wenn die Antwort eine sachliche gewesen wäre. Das war sie aber nicht, denn sie war in einigen Punkten nicht nur mißverständlich, sondern zum Teil persönlich beleidigend für den Unterzeichneten. Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß, wenn einmal ein nicht zu sehr bekannter Kollege seine Meinung in der Presse sachlich vertritt, der Zentralvorstand gleich mit Aeußerungen wie „Beschämung für die politische Reife", „Geschwätz" 2c. antwortet.

Nun zur Sache kurz einige Worte. Der Vorstand wirft mir vor, ich wäre der Meinung, daß er bei der Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ein persönliches Interesse hätte. Wo steht der Satz, wo dies offen oder versteckt erhoben wird? Ich habe noch niemals solche Ansichten vertreten und verwahre mich gegen eine solche Unterschiebung. Dann kommt der Vorstand auf das Abstimmungsrecht und sagt, daß, wenn die Stimmen der Beamten die Majorität in der in Betracht kommenden Frage bilden würden, sie die ersten wären, welche eine Urabstimmung beantragen würden. Das beruhigt mich zwar etwas, aber mit dem Vergleich mit den Ministern, den ich gab, hat mich der Vorstand nicht verstanden oder wollte mich nicht verstehen; denn es gibt doch nicht bloß Minister in einer Monarchie, sondern auch in einer Republik, ja selbst in einer demokratischen Volksrepublik müßte es diese Beamte geben und ob dann diese Beamten sich an der Abstimmung beteiligen könnten, ohne daß sie ein Mandat als Volksvertreter haben, das ist die Frage.

Ich habe auch nicht die politischen Ansichten des Vorstandes mit denen eines Bülows und Posadowsky verglichen, sondern ich habe dabei den Gedanken gehabt, daß unsere Parteigenossen im Reichstage dagegen sein würden, wenn diese benannten Personen als Minister sich an der Abstimmung beteiligen würden, ohne daß sie ein Mandat als Volksvertreter hätten. In Nürnberg wollte man mich nicht verstehen, man wurde deshalb persönlich sowie beleidigend.

Sodann bringt der Vorstand Material von dem Metallarbeiter Genossen Reichelt; aber in diesen Zahlen steht nichts von einem Zurückgehen der Fluktuation. Auch unsere Organisation hat seit einigen Jahren um einige tausend Mitglieder zugenommen trotz der Fluktuation. Das, was ich vom Metallarbeiterverband weiß, habe ich von einem glaubwürdigen, in der Bewegung stehenden Metallarbeiter gehört und deshalb nicht aus der Luft gegriffen. Der Vorstand und das „Fachblatt" sollten doch einmal angeben, wieviel tausend Mitglieder der Textilarbeiterverband im Jahre 1899 durch die Beitragserhöhung verlor. Wenn wir der Meinung sind, daß durch die geplante Beitragserhöhung in unserer Organisation es zu einer Reduzierung der Mitgliederzahl kommen wird, dann ist es unser gutes Recht, insbesondere da unsere Agitation große materielle und finanzielle Opfer gekostet hat, dagegen anzukämpfen; ob dies andern recht ist oder nicht, kann uns wenig kümmern.

Düsseldorf. W. Tietze.

Mitteilungen.

Berlin. Am 22. Januar wurde hier eine leider nur schwach besuchte außerordentliche Generalversammlung abgehalten zwecks Beratung der Anträge zur Münchener Generalversammlung und Wahl von zwei Delegierten zu derselben, sowie zur Brandenburger Provinzialkonferenz. Eine längere Diskussion zeitigte der Antrag der Ortsverwaltung, die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nur durch eine Urabstimmung und bei Zweidrittel-Majorität der Abstimmenden einzuführen; ferner der Antrag, Redaktion und Expedition des „Fachblatt" von Gotha nach Berlin zu verlegen. Die von der Ortsverwaltung unterbreiteten Anträge gelangten sämtlich zur Annahme, ebenfalls eine aus der Mitte der Versammlung eingegangene Protestresolution, welche sich prinzipiell gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausspricht. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden gewählt Hohaus und Otto Herrmann. Die Wahlen zur Generalversammlung fanden nicht ihre volle Erledigung, da eine Stichwahl erforderlich ist.

Haynau i. Schl. Am 12. Januar tagte in unserem Vereinslokal „Grüner Baum" eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu welcher auch die nichtorganisierten Kollegen eingeladen waren. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Wie stellen wir uns zum Ablauf des Lohntarifs? 2. Wahl einer Kommission zur Stellungnahme des Lohntarifs. 3. Wahl eines Delegierten des 44. Wahlbezirks zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Punkt 1 erzeugte eine rege Debatte, in der erwähnt wurde, daß der vor zwei Jahren errungene Lohntarif in der Maßwerkstatt gegen die Marktwerkstatt nicht gerechtfertigt sei. Um das Uebel zu beseitigen, wurde einstimmig beschlossen, einen Tarif mit zwei Lohnklassen zu machen. Gewählt wurden zur Kommission vier Kollegen, welche mit den Meistern unterhandeln sollen. Hoffentlich werden sich die Herren Meister nicht wieder so spröde zeigen, wie bei der letzten Lohnbewegung. Bei Punkt 3 wurde mitgeteilt, daß die Liegnitzer Kollegen ersuchten, den Kollegen Eschrich, den sie als Delegierten zur Generalversammlung für den 44. Wahlkreis aufgestellt haben, zu unterstützen. Da Kollege Eschrich hier als tüchtig in der Arbeiterbewegung bekannt ist, so erklärte man sich einstimmig für denselben. Unter Verschiedenem wurde der Wunsch geäußert, in der nächsten Versammlung über die Arbeitslosenunterstützung zu diskutieren. Mit der Ermahnung an die neu aufgenommen Kollegen, fest und treu zum Verein zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Kaiserslautern. In der am 5. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung, an der sich auch die Einzelmitglieder von Otterberg beteiligten, beschäftigte man sich eingehend mit der demnächst stattfindenden Generalversammlung in München. In der Diskussion zeigten sich alle Redner mit der Einführung der obligatorischen Kranken- und Arbeitslosenversicherung einverstanden, nur betrachten sie die jetzige Zeit, wo alles darniederliegt, zur Einführung derselben als nicht geeignet. Allgemein wurde Bezug genommen auf die Magdeburger Resolution, welche eine abwartende Stellung vorschreibt, bis die Krise einer bessern Zeit gewichen ist. Einen Punkt möchten wir nicht unberührt lassen und das betrifft die neuen Beitragssätze, welche in dem Vorstandsantrag enthalten sind. Die Kollegen geben sich keinen allzu großen Hoffnungen hin, mit dem Satz von 30 und 40 Pf. pro Woche, sie sind der Meinung, daß mit diesem Beitrag die geplante Kranken- und Arbeitslosenversicherung einfach undurchführbar ist und würde auf der nächsten Generalversammlung die Erhöhung derselben um je weitere 10 Pf. unausbleiblich sein. Dies beweisen die zahllosen Kranken- und Sterbefälle sowie auch die allsährlich wiederkehrende Arbeitslosigkeit in der Schuhbranche. Weiter möchten wir anführen und dazu sollten die Kollegen Stellung nehmen, ob es nicht angebracht ist, daß der aufzustellende Delegierte zur Generalversammlung seine Stellung bekannt gibt für oder wider die Arbeitslosen-Versicherung, sonst könnte es unter Umständen vorkommen, daß die übergroße Majorität eines Wahlkreises im Gegensatz zum Kandidaten steht, ohne es zu wissen oder zu wollen. Bei einer so hochwichtigen Generalversammlung wie die bevorstehende, wo so tief einschneidende Beschlüsse für die weitere Entwickelung unserer Organisation gefaßt werden sollen, erscheint gerade letzteres als unerläßlich.

Pirmasens. (Situationsbericht.) Leider ist auch in diesem Quartal der Geschäftsgang nicht befriedigend, da immer noch mehrere Fabriken mit verkürzter Arbeitszeit schaffen und eine große Anzahl Arbeitsloser am Platze vorhanden ist. Auch ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden, wo doch sonst erst um diese Zeit die Hochsaison begann. Daß das Vorhandensein so vieler Arbeitsloser am Platze von den Fabrikanten zu Lohndrückereien benutzt wird, ist eine traurige Thatsache, und die Arbeiter werden bald einsehen lernen, daß durch die immer wiederkehrenden Lohnabzüge ihre Existenz bedroht ist und für sie verhängnisvoll werden kann. Hier kann nur eine kräftige Organisation, also der Eintritt der Massen in den Verein deutscher Schuhmacher, Wandel schaffen. Der Zwickerstreik, welcher Ende vorigen Jahres in der Fabrik von Gaubatz u. Urban ausbrach und nach sechstägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter endete, ist für die Organisation von großer Bedeutung am hiesigen Platze gewesen, da durch diesen augenscheinlichen Erfolg der Organisation es uns bei der schlechten Konjunktur gelang, die Mitgliederzahl in die Höhe zu bringen. Die Mitgliederzahl betrug im 3. Quartal 724 männliche und 51 weibliche, während wir am Schlusse des 4. Quartals 1056 männliche und 64 weibliche Mitglieder zu verzeichnen hatten. Auch ist eine günstigere Beitragsleistung zu verzeichnen, denn es wurden durchschnittlich 10,8 Beiträge geleistet, obwohl viele erst zum Ende des Quartals eingetreten sind. Für die Hauptkasse wurden 2389,57 Mk. vereinnahmt. Auch in den umliegenden Ortschaften, von welchen die Arbeiter größtenteils hier schaffen, ist Erfolg zu verzeichnen; es wurden in 6 Ortschaften Mitgliedschaften errichtet und Vertrauensleute eingesetzt und ist Hoffnung auf weitern Erfolg vorhanden. In Anbetracht der großen Arbeiterzahl ist das Verhältnis der Zahl der Organisierten immer noch kein günstiges, es scheint aber, daß es gelingen wird durch Agitation bald einen zahlreichen Zutritt zu erreichen.

Pirmasens. Wer trägt die Schuld, daß die Schuhfabrikanten bankrott werden? Diese Frage, eine Preisfrage, ohne daß sie irgendwo ausgeschrieben war, gelöst zu haben, ist das Verdienst eines findigen Pirmasenser Werkmeisters. Die liederlichen Zuschneider sind schuld, so schrie der betreffende Herr in den Zuschneidesaal hinein, daß alle Wände krachten. Da nun der Herr Werkmeister früher selbst Zuschneider war, so wird er uns die Frage erlauben, ob er vielleicht auch schon als Zuschneider in einem Geschäfte thätig war, „das den Bach runter ging". Auch sind wir überzeugt, daß wenn die liederlichen Zuschneider diese Frage lösen würden, die Antwort etwas anders lauten würde. Wir glauben, daß die